

## Eine Frage der Wahrnehmung

In unregelmäßigen Abständen erlaube ich mir, Helmut Schmidts Satz aus dem Jahre 2003: „Das finde ich zum Kotzen!“, zu zitieren. Anzuwenden ist diese Äußerung auf die nicht enden wollende Kommentierung der so genannten Hauptstadtresse über den Gemütszustand des Regierenden Bürgermeisters. „Die Welt“ spricht sogar vom „Regierenden Nervenbündel“.

Meine Wahrnehmung ist eine andere. Wenn ich Michael Müller begegne, ist er gut gelaunt und wirkt ausgeglichen und aufgeräumt. Verständnis habe ich dafür, wenn er dieses Bild nicht jedem Journalisten vermittelt. Auch mir entgleisen die Gesichtszüge, wenn ich etwas von bestimmten Enthüllungs-Reportern höre oder lese.

Wenn man oft genug schreibt, dass sich die Umfragewerte im freien Fall befinden, dann kommen sie tatsächlich irgendwann unten an. Wenn ich zehn Sekunden lang die Kamera auf jemand halte und in dieser Zeit 100 Aufnahmen mache, sind viele mit freundlichem, sympathischen Gesicht dabei, aber eben auch einige, wo derjenige halt Scheiße aussieht. Der Spiegel hat es erfunden, die negative Berichterstattung über Politiker mit unvoreilhaftem Fotos anzureichern. Niemand ist so dämlich, wie er auf einem Foto aussehen kann, wenn man ihn mit geschlossenen Augen, herunterhängenden Wangen oder gähnend erwischt. Stopp! Es gibt eine Ausnahme, die 6.711 km von Berlin entfernt lebt.

Wie alle Regierenden Bürgermeister, denen ich seit Willy Brandt die Ehre hatte zu begegnen, leisteten und leisten diese Leute eine Arbeit, die – ehrlich gesagt – niemand von uns gern machen würde. Von Raed Saleh einmal abgesehen. Aber selbst Monika Grütters würde es sich mehrfach überlegen, vom Kanzleramt ins Rote Rathaus umzuziehen. Und die Bezahlung ist angesichts der Verantwortung und des Arbeitsaufwands bescheiden, das gilt übrigens auch für unsere Bundeskanzlerin. Wir sollten froh sein, wenn jemand diesen Job überhaupt macht. Michael Müller repräsentiert diese Stadt ebenso hervorragend wie sein Vorgänger, und zwar weltweit. Das sehen wir auch im Fernsehen und lesen es in den Zeitungen, meistens an nicht so hervorgehobenen Stellen. Für die Medien gilt aber immer der alte Grundsatz „Bad News are good News“, bloß nicht für

den Betreffenden. Schlechte Nachrichten haben sich immer schon besser verkauft als gute, ein Gendefekt vieler Menschen. Wenn jemand auf den Hintern fällt, lachen sich nicht wenige scheckig, anstatt ihm aufzuhelfen.

Die angebliche Dünnhäutigkeit von Müller machen die Medien exemplarisch an zwei Vorgängen fest. Da regte er sich auf, weil in seiner Straße eine völlig sinnfreie Parkverbotszone eingerichtet wurde, der acht Stellplätze für Autos zum Opfer fielen. Sollte er schweigen, so tun, als sei diese Aktion einer völlig überforderten Grünen Verkehrsstadträtin nicht der Rede wert? Was hätten wohl die Anwohner dazu gesagt? Dass er sich als Wahlkreisabgeordneter äußern musste, ist seine Pflicht und Schuldigkeit. Schlimm nur, dass seine eigene Partei nicht genügend Arsch in der Hose hat, um diesen Parkverbotsunsinn aus Rücksicht auf die Rot-Grüne Zählgemeinschaft im Bezirk wieder rückgängig zu machen.

Den zweiten Punkt, sich über ein Zitat aufzuregen, das eine Videoüberwachungsallianz, zu der auch dieser unsägliche Ex-Senator und CDU-Bundestagskandidat aus Klein-Sizilien Steglitz-Zehlendorf Heilmann und Neuköllns Stimme aus dem Off, Buschkowsky, gehören, verstehe ich auch nicht. Adenauer sagte bei solchen Gelegenheiten immer: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern.“ Nun kann ich mich ja schlecht über alte Männer aufregen, die eigentlich ihre Fresse halten sollten, dass aber Buschkowsky Müller als „gespaltene Persönlichkeit“ bezeichnet, geht zu weit. Und wenn der Ex-Dorfschulze meint, der Vorgang sei „grandios lächerlich“, dann sollte er einmal in den Spiegel schauen.

Es war ein Fehler, Volksentscheide einzuführen, weil sie sich immer gegen die gewählten Regierungen richten. Die Bürger wählen alle fünf Jahr ihre Volksvertreter. Parlamentsbeschlüsse durch Volksentscheide aufzuheben, halte ich für ein fragwürdiges demokratisches Instrument. Vermutlich werden die Tegel-Befürworter den von der FDP initiierten und von der populistischen Umfallerpartei CDU unterstützten Volksentscheid am 24. September gewinnen. Zwar ist dieser Entscheid, anders als 2014 im Falle Tempelhof, nur eine Empfehlung, sollten aber Senat und die Rot-Rot-Grüne Mehrheit im Abgeordnetenhaus dieser Empfehlung nicht folgen, werden die Medien über sie herfallen und zermürben. Michael Müller hat in einem Tagesspiegel-Interview schon angekündigt, dass er noch einmal nach dem Volksentscheid alles prüfen lassen werde. Er werde den Bürgerwillen (Anm.d.Red.: auch wenn er noch so

dumm ist), ernst nehmen. Wenn es eine Mehrheit will, dass Tegel offen bleibt, und einem die Anwohner dort egal sind, dann sei es so. Jeder weiß, dass am Ende dieses Schmierentheaters weder die Offenhaltung von Tegel noch die Eröffnung des BER stehen könnte. Viel zu tun haben werden die Gerichte und viele Anwälte freuen sich über fette Honorare.

FDP und CDU beweisen mit ihrem Tegel-Engagement, dass sie in Berlin nicht regierungsfähig sind. Dezentler Hinweis: Der CDU verdanken wir den Standort Schönefeld. Von Speerenberg aus würden wir längst in alle Welt fliegen. Namen der Schuldigen gefällig? CDU-Ehrenvorsitzender und Ex-Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen, und Ex-CDU-Verkehrsminister Matthias Wissmann. Diesel-Matze ist übrigens heute Chef der Autolobby.

Apropos Autos. R2G unterschätzt massiv die Autofahrer in Berlin. Es ist sicherlich richtig, dass der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und verbessert werden muss. Ob allerdings Berlin zur Fahrrad-Stadt zu Lasten des Autoverkehrs umstrukturiert werden muss, ist fraglich. Die für die Grünen im Senat sitzende parteilose Verkehrssenatorin Regine Günther berichtete in der Abendschau, dass sie Paris, London, Wien und Moskau besucht habe, wo man angeblich nach dem gleichen Verkehrskonzepten wie in Berlin verfährt. Im neuen Berliner Mobilitätsgesetz kommt das Auto nicht mal mehr vor. Dafür werden die Fahrradbahnen so breit sein, dass sich die Radler überholen können. Das werden dann schöne Rennstrecken, tolle Idee. Bitte nicht vergessen, diese Mobilitätsstrategie auch in den Einbahnstraßen einzurichten.

Auf die verwunderte Frage von Abendschau-Moderator Sascha Hingst, dass es noch mehr Staus geben könnte, wenn man immer weiter die Autos aus den Nebenstraßen verbannt, antwortete die Senatorin mit einem klaren Satz: „Keiner wird mehr im Stau stehen!“ Aha. Und warum? Ganz einfach, weil alle ihre Autos abschaffen oder stehen lassen und auf das Fahrrad umsteigen. Wer das glaubt, glaubt auch, dass Radfahrer im Sommer über den Grunewaldsee fahren können.

Frau Günther hält auch wenig davon, dass man sich statt eines Autos mit Verbrennungsmotor ein E-Car anschafft, weil: Auto wird durch Auto ersetzt, also staut es sich weiter. Konsequenz: Auto abschaffen. Niemand kann sich darüber wundern, dass die Umfragewerte für R2G so schlecht sind. 1,2 Mio. Autos gibt es in Berlin. Von 2008 bis 2017 stieg die Zahl um

rund 100.000. Und hinter jedem Lenkrad sitzt ein Wähler, daneben noch einer.

Christine Richter bringt es in einem Morgenpost-Kommentar auf den Punkt: „Das Mobilitätsgesetz zeugt von Klientelpolitik.“ Sie schreibt unter anderem: „Denn das vergisst dieser Senat offensichtlich gerne: Berlin ist eine Großstadt mit fast vier Millionen Einwohnern, und Berlin besteht nicht nur aus den Innenstadtbzirken... Und nicht nur die Radfahrer, die morgens ihre zehn Kilometer von Prenzlauer Berg nach Charlottenburg fahren. Es gibt Menschen, die früh zur Arbeit müssen, wenn noch keine S-Bahn fährt. Es gibt Menschen, die im Umland wohnen und in Berlin arbeiten. Es gibt Familien mit zwei oder drei Kindern, bei denen die Schule nicht um die Ecke liegt, bei denen die Eltern die jüngeren Kinder zum Sport oder Musikunterricht bringen müssen, Familien, die für den Wocheneinkauf mehr als eine Tüte brauchen.“

Es mag vielleicht richtig sein, der Stadt eine neue Verkehrsstruktur geben zu wollen. R2G macht es mit der Brechstange und dafür werden sie die Quittung bekommen. Ich bin immer dafür, dass eine Regierung über die volle Zeit der Legislaturperiode ihre Politik umsetzen soll. 2021 wird abgerechnet. Davon ausgehend, dass es kein Linker, Grüner oder Airport-Liberaler schafft, Regierender Bürgermeister zu werden, muss die Frage erlaubt sein, wer den Job denn machen soll? An die CDU-Vorsitzende Grütters glaube ich so lange nicht, bis sie ihre Kandidatur erklärt hat. Also bleibt, vorerst bis 2021 Michael Müller der erste Mann in der Stadt. Man sollte auch mal mit dem zufrieden sein, was man hat. **Über R2G zu meckern, ist lächerlich. Auch nach der neuesten Forsa-Umfrage vom 1. August gibt es keine Alternative dazu: SPD, Linke und Grüne kommen nach wie vor auf 52 Prozent, CDU und FDP auf 31.**

Und diese SPD-Ex-Politiker Nußbaum und Buschkowsky sollten ihr zu großes Zeitreservoir nicht mit überflüssigen Kommentaren in BZ und BILD verbringen. Die Butter, die Nußbaum „bei die Fische“ gibt, ist inzwischen ranzig, und Buschkowskys „Klartext“ verkommt zur immer wieder kehrenden Abrechnung mit seiner Partei. Buschkowsky hat bei Frank Zanders Weihnachtsessen im Estrel ja schon gelernt, wie Armenspeisung funktioniert. Vielleicht helfen beide demnächst bei der Suppenküche in Lichtenrade aus. Da werden immer tatkräftige Leute gesucht.

**Ed Koch**